

Wahlprogramm

der Alternative für Deutschland
zur Kommunalwahl
in Kassel
am 06. März 2016

Kreisverband Kassel-Stadt
www.afd-kassel.de



Kontakt

Alternative für Deutschland – Kreisverband Kassel-Stadt
Korbacher Str. 213A
34132 Kassel
www.afd-kassel.de
info@alternativefuer-kassel.de





„Heimat im Herzen - Mut zu Kassel.“

Kommunalwahlprogramm 2016

Alternative für Deutschland - Kreisverband
Kassel-Stadt

Das vorliegende Wahlprogramm hat die Mitgliederversammlung des AfD-Kreisverbands Kassel-Stadt, am 02. Februar 2016, beschlossen.

Inhalt

I.	Vorwort: „Heimat im Herzen - Mut zu Kassel.“	1
II.	Demokratie und Bürgerentscheide	2
III.	Asyl, Zuwanderung und Integration	2
IV.	Sicherheit, Recht und Ordnung	5
V.	Verkehr, Infrastruktur und Energie	7
VI.	Haushalt und Finanzen	10
VII.	Wirtschaft, Wirtschaftsförderung, Innovation und Arbeitsplätze	11
VIII.	Familie, Bildung und Soziales	12
IX.	Wohnungspolitik und Stadtentwicklung	13
X.	Sport, Vereinsleben, Kunst und Kultur	14
XI.	Tier- und Umweltschutz	16



I. Vorwort: „Heimat im Herzen – Mut zu Kassel.“

Der AfD Kreisverband Kassel-Stadt besteht seit Mai 2013. Wir bieten unserer Stadt eine Alternative. Statt Filz und abwegiger Denk- und Sprachverbote bestimmt die Vernunft das politische Handeln. Mit unseren wertkonservativen Grundsätzen wollen wir einen Beitrag dazu leisten, das Ende einer jahrzehntelangen Politik der fortwährenden Verschuldung der Stadt zumindest einzuleiten. Wir sehen in der immens hohen Schuldenlast Kassels eine reale Gefahr für die Lebensqualität aller Bürger und für die Zukunft unserer Kinder.

Wir wollen unsere Stadt durch Wirtschaftsförderung, Bildung und Aufklärung im Wettbewerb stärken. Dabei setzen wir auf kommunale Kooperationen zwischen Nachbarstädten in den Bereichen, in denen sie möglich sind. Wir stehen für demokratische Mitbestimmung und wollen die Menschen dazu ermutigen, Politik aktiv mitzugestalten. Wir setzen uns für größtmögliche Transparenz bei politischen Entscheidungen ein. Dazu zählt bei uns auch eine Ausweitung der Mitspracherechte und Beteiligung der Bürger. Und das nicht nur in der finalen Entscheidungs-, sondern auch in der Planungsphase von Großprojekten, die die aktuelle Infrastruktur erheblich verändern oder die eine erhebliche Belastung der Finanzsituation der Stadt zur Folge haben können.

Wofür wir stehen:

- Ein Europa der souveränen Nationalstaaten und des selbstbestimmten, friedlichen Miteinanders!
- Die Ablehnung undemokratischer Sprach- und Denkvorgaben, da diese die demokratischen Grundrechte in den Gemeinden, in Deutschland und Europa einschränken und bei Entscheidungen vernünftigen Lösungen entgegenstehen!
- Eine alternative Politik in scheinbar alternativlosen politischen Zeiten!
- Ein starkes und zukunftssicheres Kassel!
- Eine Kooperation mit den Nachbarstädten!
- Die demokratische Mitbestimmung, die alle Menschen Kassels dazu ermutigen soll, Politik aktiv mitzugestalten!
- Das klare Bekenntnis zum Grundgesetz und seinen Grundrechten!
- Das klare Bekenntnis zu den Interessen der Bürger Deutschlands und zur deutschen Nation sowie zur aufgeklärten, christlich-abendländischen und deutschen Werte- und Leitkultur!
- Das Versprechen, dass wir unsere Kraft dem Wohle des deutschen Volkes, der Wiederherstellung der Demokratie mit wirksamer Gewaltenteilung, der

Sozialen Marktwirtschaft und des freiheitlichen Rechtsstaats mit Gleichheit aller vor dem Gesetz widmen, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz verteidigen, unsere Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jeden üben werden!

II. Demokratie und Bürgerentscheide

Die AfD ist im wahrsten Sinne des Wortes eine basisdemokratische, bürgerliche Partei: Die Grundüberzeugung, dass mündige, gut informierte Bürger das politische Geschehen soweit wie möglich bestimmen sollen, ist Richtlinie unseres Handelns. Deshalb werden wir uns in der Stadtverordnetenversammlung für faire Bürgerbeteiligung einsetzen. Bürgerentscheide haben sich bei umstrittenen Entscheidungen als konstruktiver Lösungsansatz bewährt. Deshalb werden wir bei richtungsweisenden Entscheidungen, die die Stadt über Jahre prägen und/oder hohe finanzielle Belastungen mit sich bringen, einen Bürgerentscheid beantragen.

Wir fordern für Kassel:

- Mehr Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung!
- Bürgerentscheide bei richtungsweisenden Entscheidungen, die die Stadt über Jahre prägen und/oder hohe finanzielle Belastungen mit sich bringen!
- Es ist eine fortlaufende aktualisierte „Vorhabenliste“ einzuführen, die zur frühzeitigen Information der Bürger über die wichtigsten Projekte und Planungen der Stadt dient!
- Bei Großprojekten Planungsmodelle im Rathausfoyer auszustellen, bevor Entscheidungen getroffen werden!
- Bürgernahe Politik – mit den Bürgern, für die Bürger!
- Das klare Bekenntnis der Stadtregierung zum Subsidiaritätsprinzip!
- Die Einrichtung eines dauerhaften „Runden Tisches“, um der Spaltung der Zivilgesellschaft entgegenzuwirken!

III. Asyl, Zuwanderung und Integration

Die Behauptung, die AfD sei ausländer- und/oder islamfeindlich ist falsch und wird durch ständige Wiederholung der sogenannten etablierten Parteien und der Mainstream-Medien nicht richtiger. Richtig ist hingegen, dass die deutsche Bundesregierung, insbesondere seit September 2015, fortgesetzt gegen deutsches und europäisches Recht verstößt, indem die Grenzen für jedermann offen sind und Grenzkontrollen nicht oder nur noch bedingt stattfinden.

Die AfD hat Verständnis für jeden, der versucht – aus welchen Gründen auch immer – in Deutschland einen Zufluchtsort zu finden. Allerdings muss dies unter Beachtung der geltenden Gesetze geschehen.

Gemäß Art. 16a Abs. 2 GG hat derjenige keinen Asylanspruch – auch nicht auf ein Verfahren –, der aus einem Land der Europäischen Union oder einem anderen sicheren Drittstaat nach Deutschland einreist, so dass alle, die auf dem Landweg nach Deutschland kommen, kein Asyl in Deutschland beantragen können.

Ähnlich verhält es sich mit der Genfer Flüchtlingskonvention. Diese erklärt in Art. 31 nur derjenigen illegalen Grenzübertritt einer betroffenen Person für straffrei, der von einem Land, in dem sie in ihrer Freiheit oder ihrem Leben bedroht ist, in ein Land erfolgt, in welchem diesbezüglich Sicherheit besteht. Ein „Wunschzielland“ gibt es weder im Asyl-, noch im Flüchtlingsrecht!

Unabhängig davon besteht die legale Möglichkeit, aus humanitären Gründen Flüchtlingskontingente aufzunehmen, z. B. Familien mit Kindern, usw. Mit der jetzt stattfindenden illegalen Masseneinreise (ca. 1.200.000 Menschen im Jahr 2015, davon ca. 90% Muslime, davon ca. 70% Männer im Alter zwischen 16 und 35 Jahren = ca. 750.000) haben wir die Aufnahmegrenzen längst überschritten.

Arbeitsmarktpolitische und demographische Probleme können durch diese Art unkontrollierter Zuwanderung nicht gelöst werden. Diese Zuwanderung wird keinen positiven Beitrag zur Gesellschaftsfinanzierung leisten, sondern unbezahlbare zusätzliche Lasten verursachen ((in 20 Jahren ein Mehrfaches der Gesamtkosten der deutschen Wiedervereinigung^{1,2}) weitere Ausführungen am Ende des Wahlprogramms*). Die bestehenden Gesetze müssen wieder angewandt und gegebenenfalls durch ein Einwanderungsgesetz konkretisieren und ergänzt werden.

Der fortgesetzte Rechtsbruch und damit mutmaßliche Verfassungsbruch durch die Bundesregierung wurde nach den Ereignissen in Köln von Hans-Jürgen Papier (Präsident des Bundesverfassungsgerichts a. D.), Udo Di Fabio (Richter am Bundesverfassungsgericht a. D.) und Michael Bertrams (Präsident des Verfassungsgerichts in NRW a. D.), benannt und öffentlich kritisiert. Sie haben die Bundesregierung aufgefordert, zum Recht zurückzukehren. Dies war und ist die Position der AfD!

¹ Prof. Bernd Raffelhüschen vom Forschungszentrum Generationenverträge schätzt die langfristigen Zusatzkosten der „Flüchtlingskrise“ auf 900.000.000.000€, fast 1.000.000.000.000€ (<http://www.welt.de/wirtschaft/article149234485/Fluechtlingskrise-koennte-fast-eine-Billion-Euro-kosten.html>) unter der Voraussetzung, dass die Zahl der „Zuwanderer“ 2016 niedriger bleibt als 2015 und die „Zuwanderer“ innerhalb von 6 Jahren in den Arbeitsmarkt integriert sind. Er selbst weist darauf hin, dass 70% nicht qualifiziert, 25% Analphabeten sind, somit seinen Berechnungen ein „unrealistisch positives Szenario“ zugrundeliegt. Über Familien-Nachzug sind keine Angaben bekannt.

² Das Ifo-Institut schätzt die Kosten für 1.100.000 Menschen in 2015 auf 21.100.000.000€ für Unterbringung, Ernährung, KITAS, Schulen, Deutschkurse, Ausbildung und Verwaltung. <http://www.welt.de/wirtschaft/article148686532/Fluechtlingskosten-ueber-20-Milliarden-allein-2015.html> Demnach sind weder Familien-Nachzug noch Gesundheitskosten berücksichtigt.

Wir möchten Politik für die Menschen machen! Dazu gehört auch, dass wir unsere Möglichkeiten realistisch einschätzen. Laut UNHCR gibt es ca. 60 Millionen Flüchtlinge weltweit, allein 8 bis 12 Millionen auf Grund des Syrienkriegs. Selbst, wenn wir wollten, könnten wir nicht alle Flüchtlinge bei uns aufnehmen! Deshalb plädieren wir dafür, Flüchtlingen dort zu helfen, wo es ökonomisch sinnvoll ist – nämlich in ihren Heimatregionen, in denen mit den gleichen Mitteln die 10-fache Anzahl an Menschen gut versorgt werden können (vergl. UNHCR ca. 30\$ pro Flüchtling und Monat bis Sommer 2015, für eine gute Versorgung während bis zu 100\$ nötig, in Deutschland über 1.000€). Bei Überlastung der direkten Fluchtländer kann eine Versorgung in EU-Ländern geschaffen werden, in denen die Kosten nur ein Viertel im Vergleich zu Deutschland betragen.

Der Flüchtlingsstrom ist auch eine Folge der Politik von Frau Merkel, indem sie tatenlos die Zahlungsunfähigkeit des UNHCR eintreten ließ. Humanitär ist, den Menschen dort zu helfen, wo sie Hilfe benötigen, ohne sie zu einem lebensgefährlichen Treck zu nötigen.

Wir fordern für Kassel:

- Der Bürgermeister und der Magistrat müssen von der Landes- und Bundesregierung das Ende von Rechts- und Verfassungsbruch fordern. Das Asylchaos muss beendet werden!
- Stadt und Landkreis Kassel müssen wegen völliger Überschreitung der Aufnahmefähigkeit einen sofortigen Aufnahmestopp für weitere illegal Eingereiste fordern, da schon heute keine ausreichenden Ressourcen zur Verfügung stehen, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Erst, wenn alle „ausreisepflichtigen“ illegal Eingereisten ausgewiesen worden sind, kann über die Zuweisung/Aufnahme von neuen „tatsächlichen“ Asylbewerbern und Flüchtlingen gesprochen werden!
- Land und Bund müssen für Kassel die vollständigen finanziellen Lasten übernehmen!
- Der Magistrat muss sicherstellen, dass Ausländer ohne Aufenthaltsstatus/Duldung das Land verlassen müssen!
- Kein Rabatt bei Fehlverhalten für illegal Eingereiste (Art. 3 Abs. 1 GG: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich), z. B. beim Schwarzfahren. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass auch sie eine Geldstrafe zahlen müssen, falls sie beim Schwarzfahren erwischt werden, welche auch abgearbeitet werden kann!
- Mehr Sicherheitspersonal in Großunterkünften in Kassel!
- Illegal Eingereiste sind nach Möglichkeit dezentral unterzubringen, die Anzahl der Sozialarbeiter und Betreuer ist so aufzustocken, dass eine effiziente Betreuung möglich wird!

- Keine Kündigung von Wohnungsmietern durch kommunale Vermieter, um neue Unterkünfte für illegal Eingereiste zu schaffen!
- Aufstellen von Benimmregeln auf Basis des Grundgesetzes für illegal Eingereiste. Diese müssen ihnen bereits ab dem ersten Tag mitgeteilt werden. Die Einhaltung dieser Benimmregeln muss stringent durchgesetzt werden!
- Leistungen an illegal Eingereiste müssen äußerst restriktiv zu handhaben und nach Möglichkeit prioritär als Sachleistungen zu gewähren sein!
- Es ist durchzusetzen, dass Kinder von Zuwanderern Kindergarten und Schule besuchen und die Erwachsenen die deutsche Sprache erlernen!
- Den Abschluss von Zertifikatskursen „Deutsch als Fremdsprache“ zu fördern!

Zu Ihrer Information, unsere Forderungen an die Bundes- und Landespolitik zu diesem Thema:

- Probleme in und um Unterkünfte für illegal Eingereiste dürfen nicht von den Altparteien weiter beschönigt und kleingeredet werden, Kriminalstatistiken sind vollständig zu führen, die Herkunft der Täter und ihre kulturelle Zugehörigkeit ist zu erfassen, um Fehlentwicklungen in gesellschaftlichen Gruppen erkennen zu können. Toleranz für Rechtsverstöße verursacht gefährliche „Lern- und Gewöhnungsprozesse“!
- Eine Neuordnung des Einwanderungsrechts! Deutschland braucht qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung. Zuwanderung muss sich des Weiteren an den Bedürfnissen der deutschen Gesellschaft orientieren. Integration ist zunächst eine Bringschuld auf Seiten der zugewanderten Menschen!
- Eine ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme muss unbedingt unterbunden werden! Zuwanderer, die nicht ihren Lebensunterhalt bestreiten können, müssen in ihre Heimatländer zurückkehren. Dies gilt ebenfalls für nicht integrierbare und nicht integrierwillige Zuwanderer!
- Betreiber von Moscheen und anderen „religiösen“ Zentren zu prüfen und bei Hinweisen auf Verbreitung von den Grundrechten widersprechenden Ansichten und Denkweisen einzuschreiten und deren Tätigkeit zu unterbinden!
- Visumfreiheit für türkische Staatsangehörige – und damit die ungeprüfte Ein- und Ausreise nach Deutschland – abzulehnen, da die Einreise von Predigern grundgesetzwidriger Denkweisen, IS-Sympathisanten und vielleicht sogar von Terroristen oder „Ehrenmord-Killern“ zu befürchten ist!

IV. Sicherheit, Recht und Ordnung

Sicherheit, Recht und Ordnung durch die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols zu schützen, ist grundsätzlich Aufgabe des Bundes und des Landes. Aufgrund der völlig unzureichenden Kapazitäten, die durch eine unverantwortliche Einsparung von bundesweit 16.000 Stellen bei Landes- und Bundespolizei in den letzten Jahren verursacht wurde, sehen wir die Pflicht für kommunale Amtsträger, in diesem Bereich Verantwortung zu übernehmen. Angesichts der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch die illegale Masseneinwanderung fordern wir die schnelle Schaffung einer wirksamen kommunalen Ordnungspolizei* zur Ergänzung von Landes- und Bundespolizei. um Sicherheit, Frieden, Freiheit und Eigentum der Menschen in unserer Stadt zu schützen.

*Ausbildungsdauer: Ordnungspolizei ca. 9 Monate, Landespolizist min. 3 Jahre

Wir fordern für Kassel:

- Einem weiteren Abbau von Personal, Polizeirevieren, Revierstationen und Polizeiposten ist eine klare Absage zu erteilen. Eine Umkehr dieser Politik ist einzufordern. Die Besetzung, vor allem nachts, ist zu gewährleisten!
- Die früheren Polizeidienststellen Kaulbachstraße und Rolandstraße wieder 24-stündig zu besetzen!
- Die Präsenz von Polizeibeamten, vor allem nachts, in Wohngebieten!
- Gehwege und Anlagen, die bei Dunkelheit genutzt werden, müssen besser ausgeleuchtet werden!
- Videoüberwachung an problembehafteten Orten im öffentlichen Raum. Hierbei gilt die Devise: So viel wie nötig, so wenig wie möglich!
- Die Inbesitznahme von öffentlichem Raum durch Trinker, Drogensüchtige, Bettler, usw. zu unterbinden und damit die Beeinträchtigung von Bürgern und Gewerbetreibenden zu vermindern!
- Null Toleranz gegenüber Gewalt, Kriminalität und politisch motivierten Straftaten!
- Vor der Genehmigung von – insbesondere repräsentativen – Moscheebauten den zukünftigen Betreiber zu überprüfen. Sollte die Verbreitung von grundrechtsfeindlichen Denkweisen zu erwarten sein, ist die Genehmigung zu versagen!
- Die Erhaltung und Erweiterung des Kasseler Frauenhauses.
- Eine Überwachung zentraler Orte des Rauschgifthandels sowie rigorose Bekämpfung des Drogenhandels!
- Eine konsequente Bekämpfung der Bandenkriminalität und der Bettelbanden!

Zu Ihrer Information, unsere Forderungen an die Bundes- und Landespolitik zu diesem Thema:

- Die Präsenz von Polizeibeamten muss dauerhaft sichtbar sein!
- Streifen in Wohngebieten sind zu intensivieren!
- Einem weiteren Abbau von Personal, Polizeirevieren, Revierstationen und Polizeiposten ist eine klare Absage zu erteilen, eine Umkehr dieser Politik ist einzuläuten. Polizeireviere, Revierstationen und Polizeiposten sind vor allem nachts wieder zu besetzen!
- Der Personalmangel durch Aufstockung der Wachpolizei ist kurzfristig zu vermindern!
- Die Polizei ist zur Verbrechensbekämpfung mit modernsten Techniken und modernster Ausrüstung auszustatten!
- Der Schutz bedrohter Personen und von Verbrechensopfern muss bei entsprechenden Hinweisen offensiv betrieben werden, nicht erst „wenn etwas passiert ist“!
- Der Polizei muss mehr Handlungsspielraum gelassen und den Polizisten muss konsequent der Rücken gestärkt werden, bis ein Fehlverhalten nachgewiesen ist!
- Sogenannte „Antikonfliktteams“ der Polizei müssen durch „Zugriffteams“ ergänzt werden!
- Die Polizei muss für Evakuierungsmaßnahmen aus gewalttätigen Menschenmengen ausgerüstet und ausgebildet werden!

- Polizeibeamte müssen individuell identifizierbar sein und ein Dienstkennzeichen tragen, anstelle des Namensschildes!
- Verstärkter Einsatz von "Bodycams" zur Aufzeichnung von Polizeieinsätzen!
- Eine Überwachung zentraler Orte des Rauschgifthandels sowie eine rigorose Bekämpfung des Drogenhandels.
- Ausländische Kriminelle und Extremisten aller Art sind konsequent auszuweisen!
- Bei Nötigungen und Gewaltdelikten, mit denen Menschen an der Ausübung ihrer Grundrechte gehindert werden, sind Bewährungsstrafen abzuschaffen!
- Die illegale (Zwangs-)Prostitution ist bedingungslos zu bekämpfen, auch mit Opfer-Schutzprogrammen!

V. Verkehr, Infrastruktur und Energie

In Kassel wurden 30 Jahre lang schwerste Versäumnisse bei der sinnvollen Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur begangen. Die Anwohner an den Hauptverkehrsstraßen im Norden und Westen Kassels leiden an Verkehr, besonders LKW-Verkehr, der in Ballungsräumen vergleichbarer Größe längst auf autobahnähnlichen Umgehungsstraßen mit modernem Lärmschutz zu den Autobahnen geleitet wird, was Herr Stadtbaurat Nolda (Grüne) bis heute für unnötig hält. Auch die Gefährdung von Arbeitsplätzen durch die mangelhafte Verkehrsanbindung der Industriestandorte im Norden Kassels interessiert die Verantwortlichen wenig.

Darüber hinaus wurden jahrelang Hindernisse für den Verkehrsfluss unserer Hauptverkehrsstraßen geschaffen (Friedrich-Ebert-Straße, Rudolf-Schwander-Straße und viele mehr). Diese ideologische Blockadepolitik führt zu Ausweichverkehr auf dafür nicht geeigneten Nebenstraßen und zu Umwegen, dies belastet die Anwohner, die Umwelt, die Verkehrsteilnehmer, die Wirtschaft und schadet Kassels Zukunft. Milliardensummen an Steuergeldern wurden so zum Schaden der Bürger verwendet und die fahrzeugspezifischen Emissionen (insbesondere Feinstaub und Stickoxide) erhöht statt gesenkt.

Der Kasseler öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) bietet durch die KVG ein gutes Angebot, das es weiter zu entwickeln gilt. Der Individualverkehr ist nicht zu ersetzen, die Umweltproblematik wird mit der zunehmenden Elektromobilität vermindert. Eine dogmatische Umerziehungspolitik ist zur Lösung von Umwelt- und Verkehrsproblemen nicht geeignet.

Wir sind für eine ideologiefreie Verkehrspolitik mit gesundem Menschenverstand und eine sinnvolle Kombination von Individualverkehr und ÖPNV.

Wir fordern für Kassel:

- Die Optimierung der Verkehrsinfrastruktur für alle Verkehrsteilnehmer. Kein weiterer Rückbau von Hauptverkehrsstraßen zulasten des individuell motorisierten Verkehrs!
- Verkehrsbehinderungen zu reduzieren statt zu vermehren, denn Stau und stop-and-go belasten Anwohner und Umwelt mit zusätzlichem Lärm, Abgasen – insbesondere Stickoxiden – und Feinstaub, sowie Verkehrsteilnehmer und Wirtschaft mit zusätzlichen Kosten und Zeitverlusten, mindern die Lebensqualität und gefährden Arbeitsplätze!
- Die Beseitigung der Verkehrsengpässe auf dem Innenstadtring, Rudolf-Schwander-Straße Richtung Scheidemannplatz, Fünf-Fenster-Straße Richtung Scheidemannplatz, Lutherplatz Richtung Stern, so dass an den Ampeln zwei Fahrstreifen in diese Richtungen verfügbar sind!
- Nach dem Umbau der Friedrich-Ebert-Straße zur stop-and-go-Allee und Stickoxid- & Feinstaub-Produktionsstraße: Die sinnvolle Überarbeitung der Verkehrsführung in der Kohlenstraße und in der Wilhelmshöher Allee, statt der Errichtung neuer Hindernisse!
- Schluss mit Herrn Noldas Märchen, Stickoxide ließen sich mit einer heutigen Umweltzone reduzieren!
- Den Erhalt der Autobahnanschlussstelle Kassel-Ost!
- Künftig alle Möglichkeiten zu nutzen, um den Bau einer Nord- und Nord-West-Tangente zu erreichen. Die autobahnähnliche Bundesstraße soll die Holländische Straße und die Ihringshäuser Straße an die Autobahn A7 nördlich Niesetal/Sandershausen anbinden. Eine ausgebaute Bundesstraße mit drei Fahrstreifen soll die B7/Holländische Straße, Rasensallee, Wolfhagener Straße an die B251 westlich von Habichtswald-Ehlen nahe der Autobahnanschlussstelle Zierenberg (A44) anbinden. Diese Trassen sollen – anwohnerverträglich mit moderner Lärmschutztechnik – einen großen Teil des Pkw- und Schwerlastverkehrs der Industrieansiedlungen in der Nordstadt und am Flughafen vom Innenstadtring und Holländischer Straße ableiten und die Attraktivität der Industriestandorte sichern!
- Wiederherstellung und Ausbau der Verkehrsführung Dresdner Straße, Sandershäuser Straße, Söhrestraße, B83 zur Entlastung des Platzes der Deutschen Einheit (Kreisel) mit Verkehrsverteilung durch ein modernes Verkehrsinformationssystem!
- Kosteneffizienter Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, besonders durch Schaffung einer S-Bahn- bzw. Regio-Tram-Strecke vom Platz der Deutschen Einheit über Waldau, BuGa- und Messegelände, neuem FernBus-Bahnhof, DEZ-Einkaufszentrum, Frankfurter Straße, Park Schönfeld zum Bahnhof Wilhelmshöhe, weiter über Harleshausen und Vellmar zum Flughafen Kassel-Calden und dessen Gewerbegebiet. Die Strecke kann kostengünstig über be-

reits vorhandene Gleisanlagen der „Waldkappeler Bahn“ und weitere Bahngleise realisiert werden!

- Der Fahrplan der KVG muss sich an dem Bedarf der Fahrgäste orientieren. An Kosteneinsparungen sollte man eher bei Prestigeprojekten wie der Regio-Tram und neuen Trassen neben vorhandenen Bahngleisen denken, z.B. nach Waldau!
- Neubau und Modernisierung der unterirdischen Fußgänger- und Radverkefhrführung am Platz der Deutschen Einheit, einschließlich Ruhezeiten mit Kurzzeitgastronomie sowie des ÖPNV Verkehrsknotenpunkts mit neuer S-Bahn- bzw. Regio-Tram-Haltestelle!
- Neubau eines Fernbusbahnhofs direkt an der Autobahnanschlussstelle Kassel-Auestadion mit direktem Anschluss an den Autobahnzubringer und S-Bahn- bzw. Regio-Tram-Haltestelle zwischen der Südtangente A49 und der Waldkappeler Bahntrasse. Dieses Gelände ist ausbaufähig bei zunehmendem Fernbusverkehr nach Vollendung der A44 Kassel-Eisenach und ermöglicht einen park-and-ride-Parkplatz!
- Einsparungen bei der KVG zu realisieren durch bessere Planungsqualität und Anschaffung von leichten, kleineren Straßenbahnen für Nebenverkehrszeiten mit geringerer Auslastung. Aufgrund der Reduzierung von Energieverbrauch, Streckenverschleiß, Wartungs- und Wiederanschaffungskosten im Vergleich zu den heute genutzten großen Zügen können mittel- und langfristig erhebliche Einsparungen erreicht werden!
- Die Reduzierung des Straßenbahnverkehrs in der Fußgängerzone Königstraße, Königsplatz, Friedrichsplatz mit Durchfahrverbot für Regio-Tram- und Doppeltrack-Züge sowie Straßenbahnen mit Anhänger!
- Einen dichten Takt im Nahverkehr, der ganztägig aufrechterhalten bleibt!
- Faire Tarife bei der KVG, z.B. eine Aufladekarte ähnlich der Parkcard der Parkhäuser, Zielstation wählen, Quittung = Fahrschein. Karten-Rabattfunktion für Vielfahrer, für sozial Schwache und Schüler ohne Aufschlag (ähnlich Bahn-card 25/50)!
- Bei ÖPNV-Erschließung von Bergpark und Aue, BuGa und Auebad Alternativen zu Straßenbahn und Bus zu prüfen, z.B. Mono-Schienenbahn: Leiser und größere Steigfähigkeit aufgrund der Gummireifen, Trassen kostengünstiger. (Vorläufer: Siehe Sydney- und Seattle- Monorail)
- Den Stopp der Verknappung des öffentlichen Parkraums, Senkung der Parkgebühren auf die alte Gebührenordnung, keine weitere Verödung der Innenstadt zur Monokultur von Handelsketten und Billigläden!
- Die Ausstattung der Ampel- und Leitsysteme mit intelligenten Sensorsteuerungen, die flexibel auf den tatsächlichen Verkehr reagieren, um eben diesen zu beschleunigen !
- In der kommunalen Energiepolitik die Gleichberechtigung aller Verfahren der Energieerzeugung ohne Dauersubventionen durch den Verbraucher als Handlungsgrundlage!

- Ein grundsätzliches Umdenken bei der bisherigen Politik, welche die Stadtwerke betrifft. Energie-, Wasser- und Fernwärmenetze gehören in kommunale Hand, da sie natürliche Monopole darstellen, aber auch demokratische Kontrolle, Kalkulationen und Gebührenerhebungen müssen transparent und nachvollziehbar sein!
- Keinen weiteren Bau von Windkraftanlagen in und um Kassel!
- Das Parken für elektrisch betriebene Fahrzeuge ist auf städtischen Parkflächen kostenfrei!

Zu ihrer Information, unsere Forderungen an die Bundes- und Landespolitik zu diesem Thema:

- Die Ablehnung des „Erneuerbaren-Energien-Gesetzes“! Dieses verursacht einen erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden, indem es unwirtschaftliche und aus ideologischer Verblendung heraus geplante Projekte finanziert. Die AfD fordert deshalb die Streichung des EEG, um weiteren Schaden von unserem Land abzuwenden!

VI. Haushalt und Finanzen

Kassel muss als Wirtschaftsstandort und Stadt zum Leben attraktiv sein und auf Dauer bleiben. Dies kann nur erreicht werden durch sinnvolle Investitionen in die städtische Infrastruktur und die Ansiedlung von Unternehmen. Beides hängt eng miteinander zusammen und kostet Geld, das nicht vorhanden ist. Ausgaben und Investitionen sind abhängig von der Finanzierbarkeit entsprechend des aktuellen Stands der städtischen Finanzen. Die Ein- und Ausgabenplanung ist vollständig auf den Nutzen, Einsparungsmöglichkeiten und finanzielle Folgen zu untersuchen.

Wir fordern für Kassel:

- Der Magistrat (Stadtregierung) muss endlich offen und ehrlich über die wahre finanzielle Situation der Stadt berichten, auch Folgekosten aus Public-Private-Partnership-Verträgen sind auszuweisen und die Vertragstexte der demokratischen Kontrolle durch die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung offenzulegen. Der Stadthaushalt ist für die Bürger nachvollziehbar grafisch aufzubereiten und im Internet zu veröffentlichen!
- Controlling und Revision müssen unabhängig von politischen Weisungen nach bestem Wissen und Gewissen ihre Tätigkeit (inklusive Finanzplanung) ausüben (dürfen)!
- Ein nachhaltiges und vernünftiges Wirtschaften für kommende Generationen, freiwerdende Gelder für zukunftssichernde Investitionen und Instandhaltungen verwenden, nicht z.B. für energetische Luxussanierungen von Rathausteilen. Hochwertige bestehende Installationen nicht für einen kurz- oder mittelfristigen geringwertigen Nutzen zerstören, z.B. Ratskeller als Flüchtlingsunterkunft.

Dann besser bestmöglich nutzen, vermieten bzw. verpachten und die Einnahmen verwenden für den Ausbau leer stehender Büros oder Lagerräume!

- Neuen Schulden ist eine klare Absage zu erteilen, einzige Ausnahmen sind Investitionen, die Einsparungen und Einnahmen über dem Investitionsbedarf liefern. Der Magistrat hat seit Jahrzehnten mit Prestigeprojekten und schädlichen Investitionen - z.B. in Verkehrshindernisse – über seine Verhältnisse gelebt und den Bürgern mit deren Geld Schaden zugefügt, wodurch eine Verschuldung von ca. 740.000.000,00€ ohne Eigenbetriebe Ende 2012 zustande gekommen war!
- Keine Erhöhung von Steuern, Abgaben, Beiträgen und Gebühren für Bürger und Gewerbetreibende!
- Prüfung und Bewertung des Verwaltungsapparats und der Verwaltungskosten nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten!
- Für Büroräume städtischer Behörden ist die kostengünstige Anmietung von leer stehenden Büroflächen der Förderung von Neubauten mit teuren Mietverpflichtungen vorzuziehen (z.B. Büroneubau auf dem Gelände des früheren Stadtbad-Mitte, Verträge für das technische Rathaus Salzmann, usw.)!
- Eine Kooperation mit Transparency International Deutschland e. V., um besser Korruption und Amtsmissbrauch vorzubeugen bzw. zu verhindern!
- Neue Investitionen sind auf ihre Notwendigkeit und Rentabilität zu prüfen, keine Dauersubvention von Klientel-Angeboten.

VII. Wirtschaft, Wirtschaftsförderung, Innovation und Arbeitsplätze

Ein weiterer Ausbau der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Handwerksbetrieben, kleinen, mittelständischen Unternehmen und Großunternehmen in Kassel zur Erhaltung und Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze ist eines der wichtigsten Ziele der Alternative für Deutschland. Jeder Arbeitsfähige muss die Chance auf einen passenden und zukunftssicheren Arbeits- oder Ausbildungsplatz haben.

Wofür wir stehen:

- Den weiteren Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit von Handwerksbetrieben, kleinen, mittelständischen Unternehmen und Großunternehmen!
- Die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Entlastung hiesiger Unternehmen und Wirtschaftsförderungen für Existenzgründungen!
- Eine positive Einstellung gegenüber technologischen Neuerungen und Innovationen!
- Die Förderung der intensivierten Fortbildung von älteren Arbeitnehmern!

- Keine einseitige Fixierung der Wirtschaftsförderung auf den Dienstleistungssektor, sondern auf alle Bereiche wie bspw. die Fertigungsindustrie. Diese bietet mit dem Aufkommen neuer und besonders innovativer Technologien (Industrie 4.0) neue Chancen für den Aufbau und den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Zukunft!
- Die Bereithaltung und Ausweisung von Gewerbeflächen mit guter Infrastruktur!
- Die rasche Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen (Verkehr, Energie, Abfallwirtschaft) zur Erleichterung der Ansiedlung neuer Unternehmen für Mittelstand und Handwerk!
- Die Nutzung und Einführung neuer Technologien und innovativer Prozesse in die städtische Verwaltung sowie in die städtischen Unternehmen. Dies bewirkt eine Verschlankung der Verwaltung und eine bessere Versorgung der Bürger mit städtischen Dienstleistungen!
- Eine stärkere Einbeziehung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in die politischen Diskussionen!

VIII. Familie, Bildung und Soziales

Deutschland hat zu wenige Kinder. Renten- und Krankenversicherung stehen deshalb auf tönernen Füßen. Unsere Gesellschaft muss kinder- und familienfreundlicher werden. Wir stehen für den Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft. Eine solidarische Förderung der Familien ist eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft und wesentlicher Teil des Generationenvertrags.

Wir fordern für Kassel:

- Die selbstverständliche Einhaltung von Rechtsgrundsätzen. Auch bei öffentlichen Gebühren zur Kinderbetreuung gilt: Für keine Leistung erfolgt keine Zahlung, Streikkosten sind Arbeitgeber- und nicht Elternsache!
- Die Unterstützung und Förderung der häuslichen und dezentralen Kindererziehung bis zum vierten Lebensjahr, z.B. Betreuungsgruppen von Elterninitiativen!
- Die Befürwortung des Modells von Betreuungsgutscheinen: Eltern erhalten Gutscheine in Höhe der Förderung für staatliche Einrichtungen und können die Art der Betreuungseinrichtung selbst wählen!
- Das natürliche Recht der Eltern, welches besagt, dass die Pflege und die Kindererziehung in ihrer Hand bleibt (Kinder gehören nicht dem Staat, diesem darf kein Monopol für die Betreuung unserer Kinder eingeräumt werden)!
- Vorrang für die Verbesserung von Zustand und Ausstattung der Schulen!
- Kostenlose Kita-Plätze für alle Kinder!

Zu Ihrer Information, unsere Forderungen an die Bundes- und Landespolitik zu diesem Thema:

- Den Erhalt des mehrgliedrigen deutschen Schulsystems, welches den Kindern vielfältige Bildungswege auch wegen seiner Durchlässigkeit auf unterschiedlichen Ebenen eröffnet. Diese Durchlässigkeit ist durch Unterstützungs- und Förderungsangebote zu verbessern, der Bildungserfolg unserer Kinder muss weniger vom Einkommen der Eltern abhängen!
- Den Kindern und Jugendlichen die Inhalte und Vorzüge von Demokratie, Grundrechten und sozialer Marktwirtschaft auf Grundlage des deutschen Grundgesetzes zu vermitteln und die Umsetzung im Schulbetrieb einzuüben. Hierzu ist es erforderlich, u.a. das Nachsitzen und Auferlegen einer Aufgabe, die mit einem Vergehen im Zusammenhang steht, als Disziplinierungsmaßnahme wieder zu erlauben!
- Das bewährte System der Förder- und Sonderschulen, in denen die speziellen Bedürfnisse der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen angemessen berücksichtigt werden. Die Inklusion hingegen lehnen wir als generellen Ersatz für sonderpädagogische und auf körperliche Behinderungen spezialisierte schulische Einrichtungen ab. Dort, wo die Inklusion zum Vorteil des Kindes, des Jugendlichen und des Erwachsenen ist, sollen die speziellen Bedürfnisse angemessen berücksichtigt und die erforderlichen Mittel auch zur Verfügung gestellt werden!
- Die unverzügliche und ersatzlose Beendigung des Gender-Mainstreaming als durchgängiges politisches Leitprinzip in Form einer Querschnittsaufgabe staatlichen Handelns auf allen Ebenen!
- Den Stopp jeglicher staatlicher Propaganda – in Schulen, den Massenmedien oder im öffentlichen Raum – für bestimmte sexuelle Orientierungen oder Verhaltensweisen. Die Förderung der klassischen Familie ist davon ausgenommen!
- Den Stopp eines Sexualekundeunterrichts für Kinder und Jugendliche, der „zu sexuellem Experimentieren ermutigen soll“. Dies ist ein sittenwidriger Eingriff in die Kinderseelen und eine schwerwiegende Beeinträchtigung der psychischen und physischen Entwicklung junger Menschen!
- Die ersatzlose Rücknahme aller Gesetze und Vorschriften sowie die unverzügliche Einstellung sämtlicher einschlägiger Gesetzgebungsvorhaben im Sinne der Gender-Ideologie!
- Die Ablehnung aller Quotenregelungen für alle Arbeits- und Lebensbereiche, aber auch jede Form der Quotierung nach anderen soziodemographischen Merkmalen, mit Ausnahme von Schwerbehindertenquoten, denn diese sind mit den Prinzipien der Chancengleichheit und des freien Wettbewerbs unvereinbar!
- Die Ablehnung der sogenannten „geschlechtergerechten Sprache“, die eine grobe Verunstaltung der deutschen Sprache darstellt und die starke Anklänge an den totalitären Orwellschen „Neusprech“ aufweist. Der AfD-Kreisverband Kassel-Stadt fordert deshalb die Rückkehr zum generischen Maskulinum sowie den Verzicht auf alle genderideologischen Wendungen (erkünstelte Gerundium-Formen, überflüssige männlich-weibliche Doppelformen usw.)!
- Den sofortigen Förderstopp für die sogenannten „Gender Studies“ an Hochschulen und Universitäten!

IX. Wohnungspolitik und Stadtentwicklung

Die Attraktivität der Stadt Kassel als Ort zum Wohnen und Leben hat sich in den vergangenen Jahrzehnten positiv entwickelt. Diese Entwicklung gelang nach unserer Überzeugung nicht aufgrund der Politik des Kasseler Magistrats, sondern eher trotz diesem. Heute gilt es, bei allen neuen Herausforderungen, diesen Trend fortzusetzen durch eine Politik zur Verbesserung der Zukunftsfähigkeit.

Wir fordern für Kassel:

- Keine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer!
- Eine Gebührenpolitik der städtischen Unternehmen im Interesse der Bürger!
- Beschleunigte Genehmigungsverfahren, Bürokratieabbau!
- Für die Genehmigungen der Gebäude im neuen Gewerbegebiet „Langes Feld“ zum Schutz der Frischluftversorgung Kassels Strömungsanalysen vorzuschreiben!
- Die Überprüfung aller behördlichen Auflagen, die den Wohnungsbau und die Vermietung von Wohnraum verteuern, z.B. keine Zwangsaufgaben zur energetischen Sanierung!
- Weitere Auswirkungen der mit der Euro-Rettungspolitik (0-Zinsen) verursachten Immobilienblase auf den Wohnungsmarkt sind durch die Mietpreisbremse zu verhindern!
- Keine Aufweichung von Bebauungsplänen ohne Bürgerbeteiligung, z.B. für Stadtvillen. Neubauten dürfen nicht den Bebauungscharakter verändern!
- Einführung bzw. Überprüfung der Förderquote, d.h. Anteil von sozialem Wohnraum an der Gesamtfläche für Neubauprojekte auf städtischen Grundstücken!
- Eine Verhinderung des Verkaufs von Sozialwohnungen an Investoren!
- Die Möglichkeit zur Übernahme der Instandhaltung einer Nebenstraße durch eine Genossenschaft der Anlieger !
- Eine konsequente Berücksichtigung des Denkmalschutzes, dessen Vorgaben und Regeln Pläne privater und öffentlicher Investoren, die dem Erhalt dienen, nicht blockieren dürfen. Der Schutz des Historischen und die Erfordernisse der Moderne gilt es sorgfältig in Einklang zu bringen!
- Für den Bau einer modernen Multifunktionshalle wirtschaftlich tragfähige Geschäftsmodelle zu gestatten und den Betrieb zu fördern!
- Die Schaffung preisgünstiger und attraktiver Standorte für spezialisierte Anbieter außerhalb der Innenstadt zu unterstützen, z.B. Kunstgewerbe, spezialisierte Einzelhändler, usw.!

Zu Ihrer Information, unsere Forderungen an die Bundes- und Landespolitik zu diesem Thema:

- Die Überprüfung und ggf. Streichung von unnötigen Bauvorschriften, die nicht die Sicherheit betreffen!

X. Kunst, Kultur, Sport und Vereinsleben

Kulturpolitik schafft die Freiräume zur Entfaltung von Kultur im Zusammenspiel von Bewohnern und Besuchern unserer Stadt, sie bietet die Verbindung zur kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Tradition unseres Volkes. Kultur ist nicht nur ein

Kosten-, sondern auch ein Wettbewerbsfaktor, sie ist ein Imagegewinn für jedes Stadtviertel, die Stadt Kassel und die ganze Region.

Wir fordern für Kassel:

- Den Erhalt unseres reichen kulturellen Erbes in Malerei, Musik, gestaltender Kunst, Bräuchen und Festen weltlichen und religiösen Ursprungs!
- Die logistische und verkehrstechnische Unterstützung für kulturelle Einrichtungen, Veranstaltungen und für sportliche Ereignisse!
- Den Erhalt von Kasseler Schätzen aus Literatur, Wissenschaft und Technik!
- Neben der Förderung der Institution des Staatstheaters mit städtischen Subventionen in Höhe von ca. 16 Mio. € (2015), die Verwirklichung des seit über 20 Jahren nicht umgesetzten Planes eine Multifunktionshalle zu errichten, um ein kulturelles Angebot für eine breite Nutzerschaft zu ermöglichen, auch wenn der Betrieb Zuschüsse erfordert. Städtische Subventionen für Kulturangebote sollen sich am Nutzen für Kassel und der Anzahl der Nutzer aus Kassel orientieren.
- Allgemein den Schutz der Stadtkasse vor Ideen, Wünschen und Forderungen kleiner und oft ideologischer Minderheiten sowie zu hohen Subventionierungen derselbigen!
- Eine deutlich stärkere Nutzung des Sponsorings anstelle des Gebrauchs von öffentlichen Mitteln!
- Die Nutzbarmachung vorhandener Infrastruktur in den Stadtteilen für kulturelle Aktivitäten!
- Die besondere Förderung von und Intensivierung der Zusammenarbeit mit Schulen für Musik, bildnerisches Gestalten, Tanz, Chor und ähnlicher Initiativen in privater, öffentlicher oder kirchlicher Hand, da diese das Fundament für den Erwerb der Kulturfertigkeiten von Kindesbeinen an darstellen!
- Die Verhinderung der Schließung von Sport- und Freizeiteinrichtungen oder deren Zweckentfremdung!
- Förderung von privaten Initiativen für Sportangebote jenseits von Vereinsstrukturen ohne Gewinninteresse!
- Ortsnahe, auch für Kinder gut erreichbare und funktionsfähige Sportinfrastruktur!
- Das klare Bekenntnis zum Vereinswesen, insbesondere zu den Sport-, Karnevals-, Kultur-, Tierschutz- und Schützenvereinen, da dieses ein Ort des Austauschs und der Freundschaft darstellt. Des Weiteren wirken Vereine und Brauchtum identitätsstiftend und stärken das „Wir-Gefühl“, egal ob „eingeboren“ oder „zugereist“!
- Die documenta gehört zu Kassel. Der Gesellschaftsvertrag wird um den Zusatz erweitert: „Alleiniger Veranstaltungsort der documenta ist Kassel.“!

XI. Tier- und Umweltschutz

Gerade eine dicht besiedelte Großstadt wie Kassel braucht Naturräume und Freiflächen in der Stadt. Doch der Druck auf die wenigen Flächen wächst. Freiflächen konkurrieren mit dem dringend notwendigen Wohnungsbau, mit Kindergärten, Schulen und Gewerbe. Naturschutz- und Freiflächen sind notwendig für die Erholung, für den Klimaschutz, für die Luftqualität, für den Schutz von Tieren und Pflanzen und auch, weil sie zur Lebensqualität in der Stadt beitragen.

Wofür wir stehen:

- Den Schutz der städtischen Tier- und Pflanzenwelt (bspw. Stadtbäume, Grünflächen, wildlebende Tiere sowie Haus- und Nutztiere etc.)!
- Die Pflege und Erhaltung der Freiflächen im äußeren Stadtbereich und Grünzonen im Innenstadtbereich!
- Die finanzielle Absicherung und Unterstützung der hiesigen Tierschutzvereine und Tierheime!
- Die vorsorgende Aufsicht zur artgerechten Haltung aller Tierarten!
- Die Implementierung des Tier- und Umweltschutzgedankens über pädagogische Angebote in Kindergärten und in Schulen!
- Die Förderung von gesundem Essen aus regionalen, saisonalen und biologisch erzeugten Nahrungsmitteln. In Kindergarten- und Schulverpflegung haben Importlebensmittel mit ungeklärter Schadstoffbelastung nichts zu suchen!
- Die Leitkultur der „sauberen Stadt“ ist offensiv in allen Bereichen zu vermitteln!

*Anmerkung zu II. Asyl Zuwanderung und Integration:

Schätzung der zukünftigen Kosten der illegalen Masseneinreise

Die Kosten können von niemandem auch nur annähernd genau vorhergesagt werden. Die Bewertungen von Risiken für unsere Gesellschaft und unsere Nation sollten aber nicht mit „unrealistisch positiven Szenarien“ (vergl. Prof. B. Raffelhüschen, unten) betrachtet werden, sondern die negativen Erfahrungswerte der Vergangenheit berücksichtigen und angemessene Sicherheitszuschläge beinhalten, alles andere gilt z.B. in den Ingenieurwissenschaften als grob fahrlässig!

Wahrscheinlich sind mehr als 1.200.000 illegal Eingereiste in 2015, davon mehr als 750.000 alleinreisende Männer. Die bayrische Sozialministerin Emilia Müller berichtet von 1.100.000 durch das Erstaufnahme-System "Easy" ("Erstverteilung von Asylberechtigenden") in 2015 verteilten Personen. Bei der Annahme von weiteren 1.800.000 illegal Einreisenden in 2016 und 1.500.000 in 2017, davon 2.000.000 alleinreisende Männer, ergeben sich 4.500.000 Menschen. Der aufgeschobene Familiennachzug wird stattfinden, d.h. bei angenommenen durchschnittlich 3 Angehörigen (Kernfamilie) pro alleinreisendem Mann weitere 8.250.000 Personen, insgesamt 12.750.000 Menschen. Bei 20.000.000.000€ pro 1.000.000 Menschen, ergeben sich jährliche Kosten von 255.000.000.000€. Berufstätige Frauen sind in diesem Kulturkreis nicht üblich. Wenn von angenommenen 3.200.000 Männern im erwerbsfähigen Alter 30% mit ausreichender Qualifikation (960.000) nach 4 Jahren den Unterhalt ihrer Familienangehörigen (2.880.000) finanzieren, bleiben ca. 8.900.000 Menschen, die dauerhaft Transferleistungen erhalten. Dem Finanzierungsbeitrag durch Erwerbsarbeit innerhalb dieser Gruppe, auch durch deren Kinder, stehen die Mehrkosten für langfristige, vollwertige Gesundheitsversorgung und Kriminalitätsfolgekosten gegenüber. Bei 960€ pro Monat und Person (incl. Wohnkosten, entsprechend derzeitiger Flüchtlingspauschale des Landes Hessen für Kassel) ergeben sich jährliche Kosten von 100.400.000.000€. In 20 Jahren, zusammen mit den jeweils 255.000.000.000€ in den ersten 4 Jahren, ergeben sich ca. 2.500.000.000.000€, ungefähr das Doppelte der Wiedervereinigung. Mehrkosten bei unbegleiteten Jugendlichen (mehrere Tausend € pro Monat und Person), weitere illegale Masseneinreise nach 2017 und Zinskosten für diese Staatsschulden sind nicht eingerechnet.

Zum Vergleich:

1. Prof. Bernd Raffelhüschen vom Forschungszentrum Generationenverträge schätzt die langfristigen Zusatzkosten der „Flüchtlingskrise“ auf 900.000.000.000€, fast 1.000.000.000.000€ (<http://www.welt.de/wirtschaft/article149234485/Fluechtlingskrise-koennte-fast-eine-Billion-Euro-kosten.html>) unter der Voraussetzung, dass die Zahl der „Zuwanderer“ 2016 niedriger bleibt als 2015 und die „Zuwanderer“ innerhalb von 6 Jahren in den Arbeitsmarkt integriert sind. Er selbst weist darauf hin, dass 70% nicht qualifiziert, 25% Analphabeten sind, somit seinen Berechnungen ein „unrealistisch posi-

ves Szenario“ zugrundeliegt. Über Familien-Nachzug sind keine Angaben bekannt.

2. Das Ifo-Institut schätzt die Kosten für 1.100.000 Menschen in 2015 auf 21.100.000.000€ für Unterbringung, Ernährung, KITAS, Schulen, Deutschkurse, Ausbildung und Verwaltung. <http://www.welt.de/wirtschaft/article148686532/Fluechtlinge-kosten-ueber-20-Milliarden-allein-2015.html> Demnach sind weder Familien-Nachzug noch Gesundheitskosten berücksichtigt.



„Heimat im Herzen - Mut zu Kassel.“

Kommunalwahlprogramm 2016

Alternative für Deutschland - Kreisverband
Kassel-Stadt

Kontakt

Alternative für Deutschland – Kreisverband Kassel-Stadt

Korbacher Str. 213A

34132 Kassel

www.afd-kassel.de

info@alternatiefuer-kassel.de